

Noch zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte der EU standen die Zeichen für eine einschneidende Vertiefung dieses bis dato doch eher losen Staatenbundes so vielversprechend wie jetzt. Es sind dies zum einen die aktuellen Herausforderungen in der Pandemiebekämpfung, im Klima- und Umweltschutz sowie die derzeit mit vielen offenen Fragen behaftete geopolitische Lage Europas die ein rasches, abgestimmtes Handeln erfordern würden.

Im Dezember tritt in Deutschland eine neue 3-er Koalition aus SPD/GRÜNEN/FDP mit ambitionierten Zielen die Regierungsarbeit an. Neben den unaufschiebbaren Maßnahmen zur Digitalisierung, zum Klima- und Umweltschutz, sowie zur volkswirtschaftlichen Aufarbeitung der Pandemie-Kosten findet sich im Koalitionsvertrag auch der bisher zur Weiterentwicklung der EU noch nie so klar definierte Passus: „... sollte zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen, der dezentral auch nach den Grundsätzen der Subsidiarität organisiert ist und die Grundrechte-Charta zur Grundlage hat.“

Beinahe zeitgleich übernimmt Emanuel Macron für Frankreich zum 1.1. 2022 den EU-Rats-Vorsitz und wird alles daransetzen, seine seit Jahren vorgetragenen Vorstellungen zur Vertiefung der EU (Revision der Maastricht-Kriterien, Banken-Union, Souveränität in der Verteidigung u.v.m.) auf geeigneter Bühne medienwirksam vorzutragen. In der Vergangenheit stieß Macron damit bei den meisten übrigen EU-Partnern insbesondere jedoch bei Angela Merkel auf Ablehnung.

Und genau dieser Umstand ist ab jetzt unter der neuen 3-er-Koalition Deutschlands völlig neu zu bewerten.

Faktum ist, dass sich die doch beiden größten Volkswirtschaften Europas in ihren Zielen zur Weiterentwicklung Europas offenbar nicht gerade diametral gegenüberstehen sondern eher ergänzen. Dies lässt Hoffnung und Zuversicht aufkommen, im Bestreben, Europa zu reformieren und damit zukunftsfit zu machen.